

Politik im Schulbuch – Eine mehrdimensionale Positionsanalyse zu Franz Josef Floren (Hg.) 2008 und 2012: Politik Wirtschaft 7-9

Ein Arbeitsbuch für Gymnasien in Nordrhein-Westfalen

Einleitung

Die vorliegende Studie erhebt nicht den Anspruch einer umfassenden wissenschaftlichen Studie, sondern unternimmt eine knappe Beantwortung der Fragestellung, welche politischen Positionen in dem untersuchten Schulbuch vermittelt werden. Im Zentrum steht die Analyse der Ausgabe von 2008¹. Die überarbeitete Ausgabe von 2012² wird im Hinblick darauf verglichen, inwieweit Veränderungen in dieser Positionierung vorgenommen wurden.³ Die Analyse der Methoden- und Kompetenzseiten unterbleibt, sofern sie keine Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Leitfrage ermöglichen. In der Analyse werden theoretische Bezüge und Literaturverweise auf ein Minimum reduziert, im Vordergrund steht die empirische Auseinandersetzung mit dem Untersuchungsobjekt. Methodisch wird eine qualitative Inhaltsanalyse vorgenommen (Blatter et al. 2007, S. 74-84), nur vereinzelt wird in dieser Studie auch diskursanalytisch argumentiert (Jäger 2012), wenn die explizit eingenommene Position im Widerspruch zu den implizit verwendeten Konzepten oder Bildern liegt oder wenn bestimmte Auslassungen bemerkenswert sind.

Analytisch werden in der vorliegenden Studie die eingenommenen politischen Positionen anhand von folgenden Dimensionen differenziert: staatspolitische Dimension, wirtschaftspolitische Dimension, global- und migrationspolitische Dimension, geschlechterpolitische Dimension. Dies soll eine präzisere Einordnung der Positionen als ein eindimensionales Links-Rechts-Schema ermöglichen.

Staatspolitische Dimension: Hier geht es um die Frage, wieviel Handlungsspielraum der Staat gegenüber den BürgerInnen haben bzw. wieviel Einfluss letztere auf die Politik ausüben können sollte. Extrempositionen dieser Dimension wären eine Diktatur ohne jegliche demokratische Partizipationsmöglichkeiten auf der einen und basisdemokratische, selbstverwaltete Gemeinschaften (z. T. als Anarchie bezeichnet) auf der anderen Seite.

Wirtschaftspolitische Dimension: Hier geht es um die Frage, wie Produktion und Verteilung organisiert sind. In der Regel geht es primär darum, wie sehr der Staat in den Marktmechanismus eingreift. Extrempositionen sind ein Neoliberalismus, der den Marktkräften Priorität gewährt und die Funktion des Staates auf Gewaltmonopol und Eigentumsgarantie reduziert auf der einen und eine sozialistische Planwirtschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln auf der anderen Seite.

Global- und migrationspolitische Dimension: Hier geht es darum, inwiefern der Nationalstaat Bezugspunkt politischen und moralischen Handelns ist bzw. inwiefern ein Bekenntnis zu darüber hinaus reichenden universellen Werten und Verpflichtungen propagiert wird, gerade im Bereich der Grenz- und Zuwanderungspolitik. Extrempositionen sind eine klare Begrenzung des normativen Horizonts auf die Bundesrepublik Deutschland und eine Ablehnung von Verantwortung für Armut in anderen Erdteilen auf der einen (was migrationspolitisch Abschottung oder allenfalls nutzenorientierte Zuwanderung legitimiert) und eine kosmopolitische Weltethik und eine Ablehnung von nationaler Zusammengehörigkeit auf der anderen Seite (was eine vollständige Grenzöffnung und ggf. einen Weltstaat legitimiert). Im Hinblick auf die Legitimierung einer Ungleichbehandlung von AusländerInnen geht es in dieser Dimension auch um Stereotype und Rassismus.

Geschlechterpolitische Dimension: Hier geht es primär um Rollenverteilungen und die Zuschreibung von Eigenschaften aufgrund der Zugehörigkeit zu einer nach Geschlecht (und / oder Sexualität) definierten Gruppe. Extrempositionen sind das Beharren auf einer natürlichen Geschlechterordnung und Arbeitsteilung auf der einen und das Propagieren einer sozialen Konstruktion und Veränderbarkeit von Rollenbildern und Eigenschaftszuschreibungen, letztlich sogar biologischen Kategorien.

Zur besseren Handhabbarkeit der Studie erfolgt die Gliederung allerdings nicht im Hinblick auf die Dimensionen, sondern nach den Kapiteln des Buches in der Ausgabe von 2008. Die Veränderungen bei der überarbeiteten Ausgabe von 2012 werden in diese Gliederung eingeordnet.

- 1 Franz Josef Floren (Hg.) (2008): Politik Wirtschaft 7-9. Ein Arbeitsbuch für Gymnasien in Nordrhein-Westfalen. Paderborn: Schöningh Verlag
- 2 Franz Josef Floren (Hg.) (2012a): Politik Wirtschaft 7/8. Ein Arbeitsbuch für Gymnasien in Nordrhein-Westfalen. Paderborn: Schöningh Verlag; Franz Josef Floren (Hg.) (2012b): Politik Wirtschaft 9. Ein Arbeitsbuch für Gymnasien in Nordrhein-Westfalen. Paderborn: Schöningh Verlag
- 3 Mein herzlichster Dank gilt Kuno Rinke für die Durchsicht der Neuauflage.

Kapitel 1: Zu jung für Politik? – Jugendliche und Politik

Politik wird hier definiert über öffentliche Probleme und Interessenskonflikte, deren verbindliche Aushandlung anhand demokratischer Spielregeln stattfindet („Politik bezieht sich also offenbar nicht nur auf den Staat“, S. 12). Als Beispiel

wird eine für die SchülerInnen⁴ lebensnahe Situation in der Schulklasse angeführt (S. 13). In beiden Fällen zeigt sich ein partizipativer, breit gefasster Politikbegriff, der nicht auf staatliche Akteure eingegrenzt ist und auf die politische Dimension im alltäglichen Handeln aufmerksam macht (siehe v. a. auch die Übung zum Tagesablauf eines Mädchens, S. 14f. Dies wird etwas relativiert, aber nicht zurückgenommen durch die in der ausführlichen Begriffsklärung vorgenommene Unterscheidung zwischen Politik im engeren Sinne (S. 15), in der Parteien und Staaten die zentralen Akteure sind, und Politik im weiteren Sinne (S. 16), in der allgemein Regeln menschlichen Zusammenlebens im Vordergrund stehen. Dies ist in der staatspolitischen Dimension als partizipativer, progressiver Standpunkt zu werten.

Auch die Beispiele im weiteren Verlauf des Kapitels vermitteln den SchülerInnen Möglichkeiten politischen Handelns. Die vorgestellten Projekte (Aktion Tagwerk, UNICEF-Sponsorenlauf, usw.) werden durchweg als positiv dargestellt, negative Aspekte oder Ambivalenzen kommen nicht vor. Dabei tauchen allerdings die abgebildeten afrikanischen Kinder (S. 23) im Unterschied zu den deutschen nicht als handelnde Subjekte auf, sondern lediglich als passive (aber glückliche) HilfspfängerInnen. Eine Ursachenanalyse globaler Armut und Ungleichheit findet nicht statt, implizit (durch die positiv dargestellte Problembekämpfung mit Bildungsprojekten) wird aber suggeriert, dass ein Mangel an Bildung das Problem sei. Hier gerät die gutgemeinte Bekämpfung der Symptome globaler Ungleichheit in Gefahr, aus dem Kolonialismus tradierte Stereotype zu reproduzieren („Afrikaner sind ungebildet ...“), die diese Ungleichheit erklären und legitimieren („... und deswegen sind sie arm“).

Das als „korrekt“ vermittelte politische Engagement von Jugendlichen wird einerseits nicht inhaltlich spezifiziert und einer bestimmten Richtung zugeschrieben („Schülerparlamente“, S. 24; „Aktiv werden“, S. 26), andererseits ist mit „Schulen für Afrika“ (S. 23) und „Courage zeigen gegen Gewalt, Rassismus und Antisemitismus“ (S. 25) durchaus eine „richtige“ politische Haltung impliziert, die sich gegen globale Armut und Rassismus engagieren soll. Die Möglichkeit, eine unpolitische, „feteninteressierte“ Haltung einzunehmen, wird in dem Cartoon (S. 27) angedeutet, aber in der Tendenz klar problematisiert. Im Unterschied zu der staatspolitisch partizipativen Position ist die global- und migrationspolitisch progressive bzw. antirassistische Position allerdings (wie oben ausgeführt) ambivalent zu bewerten (den Armen zu helfen wird als richtig dargestellt, das Fehlen einer Ursachenanalyse und die Darstellungsweise sind problematisch).

Die Kapitelüberschrift wird in der überarbeiteten Ausgabe von 2012a unverändert übernommen. Zudem werden in dem um zwei Seiten gekürzten Kapitel Materialien bzw. Themen neu aufgenommen (ein Auszug aus einem „Chatroom: sich

4 Die Schreibweise mit Unterstrich („Gender gap“) berücksichtigt auch Personen, die sich nicht eindeutig dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuordnen lassen (wollen). Die Anzahl dieser Personen beträgt nach vorsichtigen Schätzungen in Deutschland knapp 100.000. Siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Transgender> (Zugriff: 12.3. 2016).

für Politik engagieren“, S. 17), teilweise aktualisiert übernommen (z. B. „Schulen für Afrika“, S. 17; „Kinder- und Jugendparlamente“, S. 20f.) oder auch gestrichen (z. B. „Konflikt mit dem Englischlehrer“ und „Tagesablauf eines Mädchens“, 2008, S. 13ff.; „Courage zeigen“, 2008: S. 25). Die grundsätzliche positionale Ausrichtung im Vergleich zum Band von 2008 bleibt erhalten.

Kapitel 2: Zeitung, Fernsehen, Radio, Internet: Wie können Jugendliche Medien sinnvoll für Informationen nutzen?

Mit der Grundthese der medialen Konstruktion von Wirklichkeit (S. 33) wird eine Hinterfragung der Berichterstattung in den Medien angeregt, die von zentraler Relevanz für die Herausbildung eines kritischen Bewusstseins ist, aber, wie der Slogan der „Lügenpresse“ auf Pegida-Demonstrationen illustriert, nicht unbedingt in eine progressive politische Haltung münden muss. Die Karikaturen auf S. 34 vereinfachen die Grundthese stark und gehen von komplett passiven RezipientInnen aus, denen die Medien ihre Inhalte „eintrichtern“, was die Möglichkeit eines aktiv-kritischen Umgangs mit Medien ebenso ausblendet wie ihre Heterogenität jenseits eines vermeintlich gleichgeschalteten Mainstreams. Der Kasten zur Manipulation (S. 35) dient wiederum der kritischen Hinterfragung von Medienberichten, wird aber nicht anhand von konkreten Beispielen — z. B. zum Kosovo-Krieg („Hufeisenplan“) oder zur NSU-Affäre („Döner-Morde“) — veranschaulicht. Das Ideal einer objektiven Berichterstattung wird einerseits affirmiert, andererseits wird eine subjektive Färbung als omnipräsent und unvermeidbar angenommen (S. 36).

Die Grundsätze der Nachrichtenauswahl werden dargestellt (Gesprächswert, Unterhaltung, Neuigkeit, S. 37), aber nicht weiter problematisiert (was anhand der asymmetrischen Berichterstattung über islamistische Terroranschläge in Frankreich und den USA einerseits und Nigeria andererseits möglich wäre). Die Unterschiede zwischen als normal angesehenen Tageszeitungen und Boulevardblättern werden herausgestellt und in den Arbeitsvorschlägen werden die SchülerInnen zum Vergleich unterschiedlicher Medien aufgefordert (S. 38f., 47). Auch dies dient der kritischen Bewusstseinsbildung (und einer partizipativen staatspolitischen Position), in dem auf die Kontingenz der Medienberichterstattung und zumindest implizit auf ihre politische Dimension (worüber wird wie bzw. aus welcher Perspektive berichtet?) aufmerksam gemacht wird. Die politische Dimension von Bildern hingegen kommt recht kurz, obwohl die auf S. 42 abgebildeten durchaus Diskussionsstoff dafür bieten würden.

Was nicht weiter thematisiert wird, ist der in M19c (S. 46) angerissene Unterschied zwischen öffentlichen und privaten Rundfunkanstalten und die Art, wie ihre Finanzierung sich auf ihre Inhalte auswirkt. Hier wäre ein Rückgriff auf medienpolitische Studien (z. B. Herman / McChesney 1997) möglich gewesen.

In der Ausgabe von 2012a ist das Kapitel nun mit „Was bedeuten uns die Medien? — Chancen und Probleme der Mediennutzung für Jugendliche und für die Gesellschaft“ überschrieben. Zudem ist das Kapitel nun mit 32 Seiten um 10 Seiten erweitert worden.

Das zweite Unterkapitel (2012a, S. 30-34) ist wie zuvor an der Grundthese von der medialen Konstruktion von Wirklichkeit ausgerichtet. Materialien aus der Ausgabe von 2008 werden mehrfach aufgenommen (wie zum Beispiel das Unterkapitel 2: „Die Massenmedien konstruieren eine eigene Wirklichkeit“, in dem u. a. auch die Karikaturen übernommen werden 2012a, S. 30-32), zusätzlich ergänzt oder aktualisiert (z. B. der Vergleich unterschiedlicher Medien, der Boulevardjournalismus, die Frage nach der „Manipulation“). Allerdings tauchen unterschiedliche Zeitungstypen in anderen Kontexten wieder auf wie beispielsweise in Statistiken zur Mediennutzung von Jugendlichen (2012a, S. 28f.) Ebenso entfällt die Thematisierung des Unterschiedes zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten in der Ausgabe von 2012a.

Eine umfangreiche Neuaufnahme ist das Unterkapitel zu „Facebook & Co. — Jugendliche in ‚sozialen Netzwerken‘ des ‚Internet 2.0‘“ (2012a, S. 43-53), „Risiken und Gefahren“, „Cybermobbing“ und der Datenschutz und die Nutzung der Daten geben Impulse zur kritischen Auseinandersetzung der Schüler/innen mit den sozialen Netzwerken.

Kapitel 3: Was leistet der Markt? — Wie Märkte und Preis den Wirtschaftsprozess lenken

Das Kapitel beginnt mit der anthropologischen Grundannahme „Alle Menschen wollen immer mehr von irgendetwas“ (S. 53) und ihrer Illustration. Diese ist aus zwei Gründen fragwürdig: wegen der fehlenden Differenzierung zwischen lebensnotwendigen und Luxusgütern sowie wegen der hier vorgenommenen Gleichsetzung eines Mangels an Gütern und eines Mangels an Zeit oder Liebe. Erstere klammert die Möglichkeit eines Verzichts auf Luxusgüter und einen genügsamen Lebensstil aus, letztere suggeriert, das Privat- und Beziehungsleben sei auch wie ein Markt mit Anbietern und Nachfragern strukturiert (was so nicht der Fall ist: Liebe ist kein knappes Gut in dem Sinne, dass meine Tochter weniger davon kriegt, wenn ich gleichzeitig meinen Sohn liebe). Hier reproduziert das Buch in der wirtschaftspolitischen die Grundprinzipien der vorherrschenden neoklassischen Wirtschaftstheorie.

Dies ist gleichermaßen erkennbar in der impliziten Theorie einer Wertschöpfung durch die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital (S. 55), die zeitaufwendige Tätigkeit als gleichermaßen wertschöpfend ansieht wie die Zur-Verfügung-Stellung von Besitz an Land oder Fabriken im Produktionsprozess (und nicht nach dem historischen Ursprung, der Legitimität oder Gewaltförmigkeit von bestehenden Eigentumsverhältnissen fragt). Ebenso wird in dem dargestellten Modells des Wirtschaftskreislaufs (S. 56) zwar zwischen Haushalten und Unternehmen, nicht aber zwischen Besitzenden (von Kapital und Boden) und Besitzlosen unterschieden. Die Annahme des homo oeconomicus (also dass alle Menschen rationale Nutzenmaximierer sind) wird illustriert in dem Wochenmarktbeispiel: es sei „logisch“ (S. 58), dass die Menschen dort kaufen, wo die Äpfel zwei Cent billiger sind. Andere Erwägungen jenseits des Preisanreizes (soziale Beziehung zum Händler, Unterstützung regionaler oder biologisch angebaute Produkte, usw.) spielen in dem Modell keine Rolle, ebenso ist das Streben der Anbieter einzig und allein auf Gewinn ausgerichtet. Dieses

Modell kann sich durchaus auf empirische Evidenzen stützen. Problematisch ist allerdings, dass es als transkulturelles und überhistorisches Modell menschlichen Wirtschaftens dargestellt wird, u.a. durch die Gleichsetzung dieses Modells mit allen Arten von Märkten – daher auch die Grafik des mittelalterlichen Fischmarkts (S. 60) und die Verweise auf den Geldmarkt, den Tiermarkt, den Unterricht (?) sowie auf Kontaktanzeigen im „Beziehungsmarkt“ (S. 61).

Auch im nächsten Abschnitt (S. 62-70) wird das Gleichgewichtsmodell der neoklassischen Wirtschaftstheorie weiter ausgeführt. Von marxistischen und keynesianischen Theorien herausgearbeitete Probleme des freien Marktes (z. B. Verdrängung weniger wettbewerbsfähiger Anbieter, kapitalstarke Wettbewerber erlangen Mono- und Oligopole, sowie Skaleneffekte, die gut ausgestatteten Wettbewerbern eine effizientere Produktion ermöglichen, was zu Konzentrationsprozessen führt) werden nicht oder nur am Rande behandelt. Die „Macht der Nachfrager“ wird deutlich stärker thematisiert als die in einem Arbeitsauftrag thematisierte „Macht der Anbieter“ (S. 67). Allerdings werden in diesem Kontext die Voraussetzungen für ein idealtypisches Funktionieren des Marktmechanismus erläutert (vollständige Transparenz, viele Anbieter und Nachfrage, Homogenität der Güter, keine Präferenzen (Werbung wird an dieser Stelle leider nicht thematisiert) und „vernünftiges“ (soll heißen: gewinnmaximierendes) Verhalten, und es wird auf die Abweichung real existierender Märkte vom Modell hingewiesen (S. 67-69). In der wirtschaftspolitischen Dimension wird in diesem Kapitel zusammengefasst dennoch eine klar marktaffirmative, neoliberale Position vertreten.

Die Kapitelüberschrift wird in der Ausgabe von 2012a unverändert übernommen, und sie ist um vier Seiten erweitert worden. Die marktliberale, neoliberale Positionierung bleibt gleich.

So findet sich die anthropologische Grundannahme ebenso wieder (2012a, S. 59), wie die Annahmen zur Wertschöpfung (2012a, S. 77), zum Wirtschaftskreislauf (2012a, S. 76ff.), zum homo oeconomicus (2012a, S. 66ff.), zum Marktmodell und zur ‚Logik‘ des Apfelmarktes (2012a, S. 61ff., S. 66).

Kapitel 4: König Kunde — Verbraucherrechte und Verbraucherschutz

Das Kapitel zum Verbraucherrecht hat zunächst in erster Linie informativen Charakter und macht mit lebensnahen Beispielen auf rechtliche Rahmenbedingungen von Kaufgeschäften aufmerksam. Im zweiten Abschnitt werden jedoch ausführlich die Mechanismen erläutert, mit denen Supermärkte die Kaufentscheidungen von Kunden beeinflussen. Hier wird somit klassische Aufklärungsarbeit mit dem Bezugspunkt von „mündigen KonsumentInnen“ betrieben. Alternativen zum Supermarkt, beispielsweise Tante-Emma-Läden, Bauernhöfe oder Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, bleiben allerdings unerwähnt.

Die Kapitelüberschrift wird in der Ausgabe von 2012a ebenso unverändert übernommen wie die informative Ausrichtung über die rechtlichen Rahmenbedingungen von Kaufgeschäften. Es erfolgte eine Erweiterung von insgesamt vier

Seiten. Einen neuen umfangreichen Schwerpunkt nimmt die Thematisierung von Kostenfallen und der „Abzocke im Internet“ (S. 90-97) ein.

Kapitel 5: Warum ist Demokratie für uns alle unverzichtbar? Die Bedeutung der Demokratie in Deutschland

Bereits der Titel impliziert eine normative Setzung, die streng genommen eher Wunschcharakter hat: einige finden Demokratie durchaus verzichtbar und bevorzugen einen autoritären Staat. Die BRD wird (zu Recht) historisch und verfassungsmäßig als Gegenmodell zum nationalsozialistischen Führerstaat dargestellt, als repräsentative Demokratie (Direktdemokratie sei in Flächenstaaten nicht praktikierbar), Bundesstaat, Sozialstaat und Rechtsstaat (S. 97-102). Der nächste Abschnitt behandelt die Gewaltenteilung und die Elemente des politischen Systems der BRD, im Vordergrund steht auch hier Informationsvermittlung. Eine Differenz von Verfassungstext und Verfassungsrealität (Grundrechtseinschränkungen, nicht rechtsstaatliches Verhalten staatlicher Akteure) wird in diesem Kapitel nicht angesprochen.

Bemerkenswert ist noch die Bildsprache der Grafik auf S. 101: der Bundesadler wird durch die steigenden Kosten des Sozialstaats am Fliegen gehindert, schwitzt (oder weint) und verliert Federn – mutmaßlich wird ihn das Gewicht zum Absturz bringen. Dies entspricht einer neoliberalen Position in der wirtschaftspolitischen Dimension.

In der Neubearbeitung von 2012 ist der zweite Abschnitt der Ausgabe von 2008 „Wer bestimmt, was im Staat geschieht? — Grundzüge unserer politischen Ordnung“ als Kapitelüberschrift genommen worden (2012a, S. 106-137). Die Abschnitte zu den Grund-, Menschen- und Bürgerrechten sind nun in das sechste Kapitel aufgenommen worden (2012a, M5, S. 145).

Kapitel 6: Wie funktioniert unsere Demokratie? — Erfahrungen und Probleme mit Wahlen, Parteien, Parlament und Regierung

Das Kapitel erklärt und veranschaulicht das Funktionieren unseres politischen Systems und fungiert als klassische Staatsbürgerkunde. Die Grundsätze der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl sowie eine Reihe von fiktiven Verstößen gegen sie (S. 116) werden ebenso erläutert wie Zweitstimme (S. 117), Überhangmandate (S. 119), Parteienprofile (S. 124f), die Möglichkeit der Einbringung von Gesetzesvorhaben (S. 129) und die Rolle der Opposition (S. 132). Allerdings wird hier durchweg von einem engen Begriff und von staatlichen Akteuren der Politik ausgegangen.

Auch lässt die hier vorgenommene Identifikation von Demokratie und demokratischen Wahlen nach westlichem Vorbild wenig Raum für Probleme dieses Modells oder andere demokratische Modelle. Die Rede vom „Weg zur Demokratie“ (S. 112) suggeriert, dass es genau eine Demokratie gibt, bei der „wir“ schon angekommen, andere Länder hingegen noch unterwegs sind. Probleme des westlichen Modells mit freiem Mandat, Parteiensystem und politischer Klasse, wie sie von

Theorien demokratischer Elitenherrschaft (Bachrach 1970; Demirovic 1997) oder der Post-Demokratie (Crouch 2005) diskutiert worden sind, bleiben außen vor. Dies gilt auch für den strategischen Einsatz von demokratischen Wahlen im globalen Süden zur Beibehaltung der bestehenden ungleichen Macht- und Eigentumsverhältnisse und zur Bekämpfung sozialer Bewegungen (Hippler 1994). Dass demokratische Wahlen unter Umständen wenig bewirken, weil eine effektive Veränderung der Wirtschaftspolitik außerhalb der Reichweite gewählter Regierungen liegt (z. B. aufgrund von Auflagen des Internationalen Währungsfonds, Regeln der Welthandelsorganisation oder den Maastricht-Kriterien der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion — wie der Fall Griechenland in den letzten Jahren eindrucksvoll illustriert hat), ist allerdings ein relevanter Sachverhalt — schon weil er in vielen Ländern zur großen Unzufriedenheit mit dem bestehenden demokratischen Parteiensystem führt.

Dieses Kapitel ist in der neuen Ausgabe von 2012a gegenüber 2008 völlig neu ausgerichtet. Es hat eine neue Schwerpunktsetzung und Leitfrage erhalten: „Wozu brauchen wir eine Rechtsordnung? — Die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte“. Zudem ist es um vier Seiten erweitert worden. Das Kapitel ist in drei Inhaltsfelder gegliedert:

Zunächst wird die Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland (Abschnitt 1) thematisiert. Die Materialien und Aufgabenstellungen zielen eher auf Information ab. Problematisierungen, Güterabwägungen, mögliche Gefährdungen von Grundrechten geraten nicht in den Blick. In den nächsten beiden Abschnitten (2 und 3) steht die „weltweite Bedeutung der Menschenrechte“ im Mittelpunkt. Beispiele für Menschenrechtsverletzungen und die rechtlichen Grundlagen werden thematisiert. Es fehlen Materialien, mit denen zum Beispiel die Frage nach einem Scheitern der UN im Hinblick auf die Durchsetzung von Menschenrechten diskutiert werden kann. Das dritte Inhaltsfeld heißt „Jugendliche in der Rechtsordnung der Bundesrepublik“ (Abschnitt 4) und hat weitgehend informativem Charakter.

Kapitel 7: Gesundheit geht vor! — Gefahren des Drogenkonsums

Das Kapitel hat neben dem informativen vor allem einen pädagogisch-belehrenden Charakter, ist aber für die vier Analysedimensionen der Studie wenig relevant. Allenfalls ließe sich in der staatspolitischen Dimension konstatieren, dass aufgrund der negativen gesundheitlichen Konsequenzen das Recht des Staates zum Verbot bestimmter Substanzen implizit affirmiert wird.

In der neuen Ausgabe von 2012a ist dieses Kapitel gestrichen worden.

Kapitel 8: Wie kann Integration gelingen? — Zuwanderer in Deutschland

Bereits auf einem der ersten Bilder (S. 163) wird mit dem Slogan „Integration heißt: Partizipation statt Ausgrenzung“ entgegen einer verbreiteten Meinung Integration nicht allein als Pflicht der Einwandernden, sondern gerade auch als Aufforderung an die Einwanderungsgesellschaft dargestellt. Diese im Hinblick

auf gleiche Rechte von MigrantInnen progressive Position wird unterstrichen durch die drei Zitate von (mutmaßlichen) MigrantInnen über ihre Ausgrenzungserfahrungen in Deutschland (ergänzt durch das „kriminelle Ausländer abschieben“-Zitat eines (mutmaßlichen) Biodeutschen⁵) (S. 164).

Andererseits beinhaltet die Ausgangsfrage „Sind die Deutschen fremdenfeindlich?“ zwei problematische Implikationen. Erstens suggeriert die Rede von der Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit, es gehe um Fremdheit oder Nationalität: dies ist angesichts der wenig problematischen Einwanderungserfahrungen von Briten, der Fremdheit von HamburgerInnen in München, und der zahlreichen „ausländerfeindlichen“ Übergriffe auf Menschen mit deutschem Pass offensichtlich nicht der Fall. Es geht um die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres vermeintlich nicht-deutschen Aussehens, im Klartext: um Rassismus. Zweitens ignoriert die Frage anscheinend, dass ein Teil der „fremdenfeindlich“ bzw. rassistisch diskriminierten Menschen durchaus Deutsche sind, mit anderen Worten: migrantische Deutsche sind implizit nicht gemeint, sie werden versehentlich wiederum als „nicht richtige Deutsche“ eingeordnet. Dies setzt sich fort: Auch auf S. 165 ist die Rede von häufigen Diskriminierungen „ausländischer“ Jugendlicher.

Deutschland wird in dem Kapitel konsequent als „Einwanderungsland“ bezeichnet, was eine klare Positionierung gegenüber der (zum Erscheinungszeitpunkt des Buches noch deutlich prominentere) Ablehnung konservativer PolitikerInnen dieses Begriffspaars ist. Die Geschichte der Zuwanderung in Deutschland ist insofern verkürzt, als dass sie die Arbeitsmigration im Deutschen Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus unberücksichtigt lässt (Herbert 2003; Ha 2003). Es wird postuliert, dass die BRD aus demografischen Gründen „Zuwanderer braucht“, wie im Interview mit dem Migrationsforscher dargestellt: Zuwanderung sei eine Chance, wenn sie begrenzt und gesteuert werde (S. 170). Ausschlaggebend für die positive Bewertung von Migration ist allerdings der Nutzen für die einheimische Bevölkerung. Somit bleibt auch die migrationsfreundliche Position einem nationalstaatlichen Rahmen verhaftet, in dem der Zufall der Geburt über das Recht auf Migration gestellt wird. Unterstrichen wird die Argumentation der Legitimierung von Migration über ihre Nützlichkeit durch Erwähnung ihres Beitrag zum „Wirtschaftswunder“ (S. 172) und kontrastiert mit der Diskriminierung von MigrantInnen (bzw. ihrem schlechten Abschneiden — hier legt das Buch sich nicht fest) in Bildung und Arbeitsmarkt (S. 173). Abschottungstendenzen und Schulprobleme werden einerseits mit Diskriminierungserfahrungen (Heitmeyer), andererseits mit den Einstellungen der MigrantInnen selbst (Luft) erklärt (S. 175). Das Problem der „Ausländerkriminalität“ wird (in Übereinstimmung mit wissenschaftlichen Studien) als „Unterschichtenproblem“ und Produkt der Lebensbedingungen von MigrantInnen identifiziert (S. 176f.), was erneut eine progressive Positionierung darstellt.

5 Mit „biodeutsch“ wird auf die ethnische Herkunft von Deutschen verwiesen, die nicht (bzw. zumindest nicht in den letzten Generationen) eingewandert sind.

Gegen Ende des Kapitels werden noch einmal die Notwendigkeit von Integration unterstrichen und als Voraussetzung dafür sowohl die Bereitschaft der Einwandernden als auch die Pflichten der Aufnahmegesellschaft herausgestellt (M12: Der „Nationale Integrationsplan“, S. 178) — in einem der Zitate von MigrantInnen wird die Position pointiert auf den Punkt gebracht: „Integration ist keine Einbahnstraße“ (M16, S. 174). In diesem Teil kommen auch zahlreiche MigrantInnen mit durchaus unterschiedlichen Positionen zu Wort.

Interessant ist noch, dass in der Karikatur auf S. 183 (vor dem Zuwerfen des Rettungsringes kommt die Frage nach Akademikern) die vorher durchweg vertretene Argumentation der Legitimierung von Migration durch Nützlichkeit für die Einheimischen zum ersten Mal problematisiert wird, wenn auch nur im Hinblick auf Flüchtlinge.

In der neuen Auflage von 2012a ist dieses Kapitel nun die Nummer 7 und mit derselben Überschrift versehen wie in der Auflage von 2008. Die neue Auflage ist um 6 Seiten erweitert, zugleich ist der erste Abschnitt von 2008 „Sind die Deutschen fremdenfeindlich?“ gestrichen und durch Materialien mit drei Fallbeispielen über „Erfahrungen von Zuwanderern nach Deutschland“ ersetzt worden (2012a, S. 172-175). Der zweite Abschnitt heißt erneut „Einwanderungsland Deutschland“ (2012a, S. 176-179). Grafiken sind ergänzt und aktualisiert worden. Alle Texte dieses Abschnitts sind nun Autorentexte, einige Passagen sind verändert und aktualisiert, andere aus der früheren Auflage von 2008 übernommen. Ein Beispiel für unveränderte Passagen ist die folgende Aussage: „Seit etwa zwei Jahren wird in Deutschland ein neuer Begriff gebraucht, der die Gesamtheit der Menschen erfassen will, die zugewandert sind, d. h. nicht in Deutschland geboren sind oder die Kinder solcher Zuwanderer sind: *Personen mit Migrationshintergrund*, eine sehr bürokratische klingende Bezeichnung“ (2008, M5, S. 169; 2012a, M3, S. 177) Die Notwendigkeit einer Veränderung der Zeitangabe („seit etwa zwei Jahren“) hätte bei der Neubearbeitung eigentlich auffallen müssen. Die Ausschließlichkeit von Beschreibungen, Erläuterungen und Postulaten in der Ausgabe von 2008 setzt sich in dem überarbeiteten zweiten Abschnitt der Ausgabe von 2012a fort. Sie wird noch dadurch verstärkt, dass das kontroverse Element des als Primärquelle in M6 dokumentierten Interviews von Welt Online mit dem Migrationsforscher Klaus Bade (2008, S. 170) nun im Autorentext, erneut überschrieben mit „Warum Deutschland Zuwanderer braucht“, vollkommen beseitigt wird (2012a, M4, S. 178f.). Das Kriterium der Nützlichkeit für die Legitimierung von Zuwanderung dominiert nach wie vor.

Kapitel 9: Ist die Erde noch zu retten?

Auch hier verraten die Bilder am Anfang des Kapitels bereits eine gewisse Positionierung: Klimawandel, Greenpeace, Demonstration gegen Kohlekraftwerke und ein Windrad lassen auf eine gezielte Propagierung erneuerbarer Energien schließen. Dieser Eindruck wird im Text bestätigt: sachkundig werden Treibhauseffekt und Klimawandel erklärt, die Konsequenzen anhand von „Klimazeugen“ illustriert und für Gores Buch „Eine unbequeme Wahrheit“ wird Werbung gemacht. Erneuerbare Energien werden als „einzig sinnvolle Alternative“ zu fossiler und Atomenergie charakterisiert (S. 202).

Der geforderte Übergang von der „End of pipe“-Technologie zum integrierten Umweltschutz ist gut begründet (S. 196).

Fragwürdig ist allerdings, dass Unternehmen in dem Kapitel weit überwiegend als umweltbewusste und nicht als umweltverschmutzende Akteure dargestellt werden. Dazu passt, dass Selbstdarstellungen von Unternehmen unkommentiert zitiert werden (u. a. Miele, S. 197-99) und die freiwillige Übernahme von Umweltrichtlinien als Erfolgsmodell präsentiert wird (S. 196). Gleichermaßen wird „umweltgerecht konsumieren“ auf der individuellen Ebene als Lösung der Umweltprobleme dargestellt (S. 204f.). Die Ebene der staatlichen Kontrolle, Auflagen und Verbote für die Industrie bleibt unberücksichtigt, selbst der als Experte interviewte Wirtschaftswissenschaftler kann sich bestenfalls staatliche Anreize vorstellen (S. 207) – dass schlichtweg Gesetze erlassen und durchgesetzt werden können, gerät in den Hintergrund. Dies deutet erneut auf eine neoliberale wirtschaftspolitische Positionierung hin, die solche Interventionen für schädlich hält.

Die beiden Abschnitte der Ausgabe von 2008 sind mit denselben Überschriften und weitgehend identischen Materialien und Aufgabenstellungen in die Ausgabe von 2012a als zweiter („Droht uns die Klimakatastrophe? — Wir mischen uns ein in die Klimadiskussion“) und dritter („Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren — Wege zum verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt“) Abschnitt aufgenommen worden. Die in obiger Analyse der Ausgabe von 2008 herausgearbeitete positionale Ausrichtung der Materialien und der Aufgabenstellungen bleibt in beiden Kapiteln erhalten. Zusätzlich sind ein erster Abschnitt „Umwelt in Gefahr — Katastrophen, Bedrohungen, Belastungen“ und ein letzter, vierter Abschnitt „Mit sauberer Energie in die Zukunft!“ ergänzt worden.

Kapitel 10: Woran können sich Jugendliche noch orientieren? Veränderungen in der Gesellschaft und ihre Bedeutung für das Leben der Menschen

Im Abschnitt „Beruf und Familie: neue Rollen für Männer und Frauen?“ wird zum ersten Mal im Buch explizit die geschlechterpolitische Dimension angesprochen. Die streng patriarchale Rollenzuschreibung des Ratgebers für Ehefrauen von 1959 schafft ein Bewusstsein für historische Veränderungsprozesse der letzten Jahrzehnte, während die Jugendstudie von 2006 auf die Verbreitung traditioneller Rollenbilder bei jungen Männern auch in der Gegenwart aufmerksam macht (S. 214-16). Im Unterschied zum Umgang mit klimaskeptischen oder rassistischen Positionen in vorigen Kapiteln wird hier eine Pro- und Kontra-Debatte zu traditionellen und neuen Rollenbildern vorgeschlagen (S. 218), d. h. die progressive Position wird nicht als einzig richtige vorausgesetzt, sondern zur Diskussion gestellt.

Im Abschnitt „Arbeitswelt der Zukunft — Gibt es noch sichere Jobs?“ werden unsichere Beschäftigungsverhältnisse und abnehmender Wohlstand thematisiert (S. 222f.). Allerdings geschieht dies ohne jegliche Ursachenanalyse, weshalb die Darstellung in Gefahr gerät, entsprechende Krisenphänomene als gegebene Realitäten unhinterfragt zu akzeptieren. Der im Beispiel auf S. 222 implizit gegebene

Ratschlag lautet in etwa: lass Dich auf der Arbeitssuche nicht entmutigen und akzeptiere auch Beschäftigungsverhältnisse, für die Du überqualifiziert bist, denn durch Flexibilität und weit überdurchschnittliches Engagement kannst Du trotzdem Karriere machen. Weder in den Materialien noch in den Aufgabenvorschlägen gibt es einen Hinweis auf Kontroversität.

In der neuen Ausgabe ist das Kapitel um vier Seiten erweitert und mit einer neuen Überschrift versehen worden: „Zukunft, Werte, Berufswahl — Wie orientieren sich Jugendliche?“ Damit ist die in der früheren Ausgabe vorhandene Positionierung in dem Sinne „Können sich Jugendliche überhaupt noch orientieren?“ in der Überschrift nun beseitigt und durch eine neutrale Leitfrage ersetzt worden. Der alte Abschnitt „Beruf und Familie: neue Rollen für Männer und Frauen?“ mit explizitem Blick auf die Rollenverteilung von Männern und Frauen in historischer Perspektive (Vergleich 1959 und 2006) ist nun aufgelöst. Geschlechtsspezifische Aspekte werden primär auf die Berufswelt und integrativ in den Materialien aufgegriffen. Der Abschnitt von 2008 „Arbeitswelt der Zukunft — Gibt es noch sichere Jobs?“ ist ebenfalls gestrichen worden. Allerdings werden „veränderte Beschäftigungsformen, Arbeitsnormen, Arbeitszeiten“ im nächsten Kapitel thematisiert (2012b, S. 45ff.).

Kapitel 11: Wie werden wir in Zukunft arbeiten? — Arbeit und Beruf in einer sich verändernden Welt

Im ersten Abschnitt: „Arbeit — Lebensgrundlage für alle“ werden in zumindest zwei der vier Definitionen von Arbeit reproduktive Tätigkeiten (Erziehungs-, Pflege- und Hausarbeit) explizit genannt (S. 232). Dies ist in der geschlechterpolitischen Dimension ein sehr relevanter Punkt: hier wird die weit überwiegende von Frauen geleistete Arbeit in diesen Bereichen als solche anerkannt (was in der Definition vom Lexikon der Wirtschaft genau nicht der Fall ist). In den Berichten aus der Arbeitswelt (S. 233-35) geht es dann allerdings doch ausschließlich um Erwerbsarbeit, weder häusliche noch ehrenamtliche Arbeit wird berücksichtigt. Im zweiten Abschnitt „Wirtschaft und Arbeitswelt im Wandel“ wird das Outsourcing zuvor innerbetrieblich erbrachter Dienstleistungen als Bestandteil einer neuen Arbeitswelt zwar erwähnt, aber nicht weiter problematisiert (S. 240), obwohl es in aller Regel mit dem Verlust an Einkommen und sozialen Sicherheiten verbunden ist. Für das Problem der Arbeitslosigkeit wird lediglich auf der individuellen Ebene (bessere Ausbildung) ein Lösungsansatz angeboten (S. 241). Erneut wird die Frage nach Ursachen für die Erosion von Normalarbeitsverhältnissen ausgeklammert, lediglich die deutsche Wiedervereinigung wird als ein Faktor genannt (S. 243). Dies ist in keiner Weise plausibel: die Krise des fordistischen Kapitalismus und die neoliberalen Krisenlösungsstrategien seit den 1970er Jahren sind keineswegs auf Deutschland beschränkt (siehe z. B. Hirsch 1998).

Unkommentiert wiedergegeben wird im Buch die Anforderung der Industrie- und Handelskammer NRW, Betriebe würden Grundkenntnisse über „die ethnischen Anforderungen und religiösen Formen und Inhalte unserer Kultur“ erwarten (S. 245). Auch hier geben die Aufgabenvorschläge keinen Impuls für die Existenz möglicher Kontroversen.

In der neuen Auflage von 2012 gibt es hinsichtlich der Aufgabenstellungen und in Materialien Andeutungen von Kontroversität. In den Materialien fehlen allerdings Primärquellen, die eine kritische Perspektive auf die beschriebenen Veränderungen in der Arbeitswelt einnehmen. Beispielsweise werden die Schülerinnen und Schüler in einer Aufgabenstellung dazu aufgefordert zu erläutern, „inwiefern die Zunahme der atypischen Beschäftigung von den Gewerkschaften kritisch gesehen“ werde (2012b, S. 47). Die Frage ist aber, warum in den Materialien keine Primärquelle aus dem Kreise der Gewerkschaften verwendet wird, sondern die Quelle „Wirtschaft und Schule“ vom „Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH“, in der die behauptete Position der „Gewerkschaften“ auf etwas mehr als vier Zeilen wiedergegeben wird (2012b, M11a, S. 46). Auch der Direktor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), Klaus F. Zimmermann, erhält in M13 umfangreichen Raum zur Präsentation seiner 10 Thesen „Die Berufswelt wird sich stark verändern“ (2012b, S. 49f.) Den Schülerinnen und Schülern wird dazu lediglich in einer Aufgabenstellung der Impuls zur Diskussion dieser Thesen gegeben, ohne dass sie sich auf fundierte, kritisch orientierte Primärquellen beziehen können (2012b, S. 50). Diese Einseitigkeit in der Materialzusammensetzung setzt sich mit der „Expertin für Berufe beim Bundesinstitut für Berufsbildung“ (M 14) und mit der Auflistung über das „Was Arbeitgeber von Auszubildenden erwarten“ (M 15) fort. Die dazu gehörigen Aufgabenstellungen gehen in Richtung „beschreiben“ und „erläutern“. Und auch der einmal verwendete Operator „erörtere“ zielt im Verständnis des Herausgebers keineswegs auf eine kontrovers angelegte Analyse mit abschließender begründeter Stellungnahme (2012b, S. 50-52).

Kapitel 12: Was geschieht in Unternehmen? — Formen und Funktionen von Unternehmen

Ungeachtet der Charakterisierung des Unternehmers als „Schöpfer und Zerstörer“ (S. 252) überwiegt die positive Bezugnahme auf Unternehmer in dem Kapitel deutlich. Dies wird auch im Porträt des Bionade-Geschäftsführers deutlich (S. 254f). Über gescheiterte Unternehmen (und die Folgen für ihre Angestellten) wird nicht berichtet. Im Hinblick auf die Ziele von Unternehmen wird darauf hingewiesen, dass neben der Gewinnmaximierung auch soziale oder ökologische Ziele vorkommen (S. 257). Unerwähnt bleibt, dass in der Marktwirtschaft das erste Ziel aus Gründen der Existenzsicherung Priorität haben muss und mögliche andere Ziele daher bestenfalls zweitrangig sein können. Deutlich wird eine unternehmerfreundliche Position: zwar wird eine negative Sichtweise von Unternehmern („Ausbeuter“, „geldgieriger Kapitalist“) am Rande erwähnt — im Kapitel werden jedoch an keiner Stelle Sachverhalte (Managergehälter, Löhne unter dem Existenzminimum, Steuerbetrug, usw.) erörtert, die eine solche Sichtweise als hypothetisch nachvollziehbar erscheinen lassen.

Diese Position geht jedoch einher mit einem Beharren auf der Notwendigkeit öffentlicher Unternehmen, begründet mit Marktversagen bei der Bereitstellung öffentlicher Güter (S. 259). Diese Art von Unternehmen wird in dem 26-seitigen Kapitel jedoch auf lediglich einer Seite behandelt. Skaleneffekte werden erwähnt (S. 269), ihre Konsequenz (Wett-

bewerbsvorteile von Großunternehmen) allerdings nicht.

Zwar werden die Begriffe „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ nicht problematisiert (wer nimmt wessen Arbeit bzw. eignet sich ihre Produkte an?), aber es wird von einem „grundlegenden Interessenkonflikt“ in ihrer Beziehung gesprochen (S. 270). Dies ist eine Abweichung von einer neoliberalen Position der Interessenharmonie. Da dieser Konflikt in der Darstellung des Buches durch Verhandlungen mit Gewerkschaften und entsprechende Kompromisse beigelegt werden kann, kann dies als sozialpartnerschaftliche bzw. klassisch sozialdemokratische⁶ Position charakterisiert werden. Die folgenden Ausführungen zur betrieblichen Mitbestimmung werden wiederum ergänzt durch eine Karikatur, in der die Geschäftsleitung Mitbestimmung auf das Kantinenessen beschränken will, also die Möglichkeit einer Alibifunktion andeutet (S. 275).

Die Kapitelüberschrift ist in der Neuauflage dieselbe geblieben, ebenso der Umfang mit 26 Seiten. Die strukturelle und inhaltliche Ausrichtung ist ebenfalls gleich. Eine wesentliche Änderung ist darin zu sehen, dass M7 („Gewinnmaximierung“ als Ziel privater Unternehmen“) und M8 („Nokia steigert Gewinn um fast ein Fünftel“ und „Motorolas Gewinn bricht um 48 Prozent ein“) (2008, S. 256f.) durch Material ersetzt wird, in dem die „Soziale Verantwortung von Unternehmen – Corporate Social Responsibility (CSR)“ im Zentrum stehen (2012b, M6, S. 54). Das zuvor in der Überschrift deutlich exponierte unternehmerische Ziel der Gewinnmaximierung ist nun verschwunden. In M6 erscheint es nun, eher versteckt, als gleichrangig neben anderen Zielen, und auch die Aufgabenstellung bezieht sich nur auf eine Verdeutlichung der „Beziehung“ zwischen „Gewinnstreben und CSR“ (2012b, S. 61f.).

Kapitel 13: Was heißt „soziale Marktwirtschaft“? — Grundzüge unserer Wirtschaftsordnung

Im Unterschied zur Darstellung der Marktwirtschaft als alternativlos in Kapitel 3 wird in diesem Kapitel die Planwirtschaft als Vergleichsfolie hinzugezogen. Auch werden nicht nur die Probleme letzterer erwähnt, sondern auch zum ersten Mal die Schattenseiten der Marktwirtschaft wie Hungerlöhne, Kinderarbeit, Kartelle, Massenarbeitslosigkeit (S. 283). Dies allerdings nur in Bezug auf die freie Marktwirtschaft des 19. Jahrhunderts und um mit der sozialen Marktwirtschaft der BRD das bestehende Modell als ideale Kompromisslösung zu präsentieren (S. 284). Die Rolle des Staates in der sozialen Marktwirtschaft wird entsprechend aus Marktversagen hergeleitet (S. 285) und manifestiert sich in der Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung (S. 287), der Sozialbindung des Eigentums (S. 289), sowie in der Sicherung des Wettbewerbs durch Verhinderung von Kartellen (S. 290-93). Am Beispiel der Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel werden dann auch die Konsequenzen von Anbieterwettbewerb in Form von Verdrängung kleinerer Anbieter, Senkung der Löhne und Verlust von Vollzeit Arbeitsplätzen illustriert (S. 296).

6 „Sozialdemokratisch“ ist hier wie auch im weiteren Text keine parteipolitische, sondern eine politisch-ideologische Bezeichnung einer Position, die von der Existenz von Interessenskonflikten im Kapitalismus ausgeht, dieser aber durch sozialreformistische Initiativen systemimmanent überwinden bzw. einhegen zu können glaubt.

In der Neuauflage sind die Kapitelüberschrift und die Länge dieselben geblieben. Ebenso bleibt die inhaltliche Ausrichtung erhalten. Geringfügige Änderungen werden in der Strukturierung vorgenommen. Der frühere fünfte Abschnitt „Im Sinne des Verbrauchers? – Konzentration im Lebensmittelhandel“ (2008) ist nun aufgelöst. Aspekte der Lebensmittelbranche sind nun in den vierten Abschnitt zur „Sicherung des Wettbewerbs als staatliche Aufgabe“ integriert und mit einem Beispiel zum „Brillenglas-Kartell“ ergänzt worden (2012b, S. 99f.).

Kapitel 14: Sozialstaat in der Krise — Probleme der Sozialpolitik im Zeichen des demografischen Wandels

Auch hier findet sich die Kritik an der freien Marktwirtschaft: daran, dass sie Arbeitskraft als Ware behandelt und Grundbedürfnisse ohne Kaufkraft unerfüllt lässt (S. 301). Dementsprechend wird das System der sozialen Sicherung (Renten-, Krankenversicherung usw.) als sinnvoll dargestellt. Konterkariert wird dies zum Teil durch die bereits in Kapitel 5 und hier erneut abgedruckte Grafik, die zunehmende Kosten des Sozialstaats als schwere Belastung darstellt, die den Bundesadler in existenzielle Nöte bringt (S. 305).

Im Hinblick auf die Folgen des demografischen Wandels für das soziale Sicherungssystem wird von einer Finanzierungslücke und damit verknüpft von einem Generationenkonflikt ausgegangen. Argumente beider Seiten werden dargestellt (S. 308-314). Eine Lösungsstrategie, die beispielsweise auf Einwanderung setzt (wie sie vom Migrationsforscher Bade in Kapitel 8 skizziert worden ist), wird nicht erörtert.

Die Grafik aus der Ausgabe von 2008 (S. 305) wird in die Neuarbeitung nicht aufgenommen. Die inhaltliche und positionelle Ausrichtung des Kapitels bleibt insgesamt erhalten.

Kapitel 15: Immer mehr Arme, immer mehr Reiche? — Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit

Auffallend ist zunächst, dass beim Thema soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit zwar eine Statistik über die historische Entwicklung der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zwischen 1979 und 2007 aufgenommen wird (tendenziell: immer weniger beurteilen sie als gerecht, immer mehr als ungerecht), jedoch keine über die tatsächliche Einkommensentwicklung in diesem Zeitraum. Eine solche hätte die Frage in der Kapitelüberschrift mit einem klaren „Ja“ beantwortet.⁷

Und obwohl das statistische Bundesamt die Armutsgrenze bei 60% des mittleren Einkommens ansiedelt (also von einem relativen Armutsbegriff ausgeht), behauptet der Autorentext (mit implizitem Bezug auf einen absoluten Armutsbegriff): „Arm ist man nicht schon, wenn andere um ein Vielfaches reicher sind“ (S. 327). Dies widerspricht dem Quellentext im darauf folgenden Absatz: „Armut wird in Deutschland im

7 Der Anteil an Haushalten mit weniger als 50% des mittleren Einkommens ist zwischen 1992 und 2001 von 5,8 auf 7,7% gestiegen, der an Haushalten mit mehr als 200% von 5,8 auf 7,6%. Vgl. www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/139749/materialien-zum-kapitel-soziale-ungleichheit (Zugriff: 13.3.2016). Siehe auch Butterwegge 2005.

Verhältnis zum durchschnittlichen Lebensstandard gemessen“ (S. 327) — ist also relativ. Das Plädoyer des Autorentexts wie auch das Fehlen der historischen Statistik passen zu einer neoliberalen wirtschaftspolitischen Position, die sich verschärfende soziale Ungleichheit nicht als Problem ansieht. Dieser Eindruck wird unterstützt dadurch, dass — getreu der neoklassischen Wirtschaftstheorie — Einkommen aus Vermögen als Resultat einer „Leistung“ dargestellt werden (S. 319).

Nicht recht zu dieser Position passt jedoch die ausführliche Darstellung der Lebensbedingungen einkommensarmer Menschen (S. 325f., 328). Auch in der Diskussion um soziale Gerechtigkeit und speziell um den Konflikt zwischen dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit und dem der Bedarfsgerechtigkeit wird in den Autorentexten und in dem ausgewählten Material nicht unbedingt die erstere Position eingenommen (was von einer neoliberalen Perspektive zu erwarten wäre). Zwar wird in der in M13a wiedergegebenen Quelle (Autor: Bernhard Beck 2006) behauptet, dass „Leistungen mit höheren Qualifikationsanforderungen in der Regel besser bezahlt werden“ (S. 334), was bei einem Vergleich der Gehälter von ErzieherInnen und selbst SozialarbeiterInnen und Bankangestellten kaum haltbar ist. Andererseits wird in derselben Quelle darauf hingewiesen, dass nicht alle Menschen „leistungsfähig“ genug sind, um ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten. Auch wird in M13c vom selben Autor (Bernhard Beck) davon ausgegangen, dass die momentanen Einkommensunterschiede für das Wirtschaftswachstum eher hinderlich sind, weil der Zusammenhang zur Leistung nicht hinreichend sichtbar ist (S. 336). Der am Ende des Kapitels stehende Vergleich von Tagesverdiensten von Krankenschwestern, Postboten und Schuldirektoren mit Managern und Spitzensportlern stellt ebenfalls in Frage, ob die Einkommensunterschiede, die den Faktor 100 erreichen, noch vom Leistungsprinzip gedeckt werden (Autorentext auf Grundlage einer Internetquelle M14a, S. 338). Dies kann als kapitalismuskritische und zumindest sozialdemokratische bis linksliberale Position gelten.

Deutlich wird in der Neuauflage in Überschriften zu den Materialien „Einkommensungleichheit und soziale Gerechtigkeit“ (2012b, M4, S. 128f.) und „Einkommensungleichheit in Deutschland“ (2012b, M3, S. 127: „Einkommensanteile in der Bevölkerung (%)“ von 1985 bis 2010) benannt. Zudem wird nun in Bezug darauf in einer Aufgabenstellung der Impuls zur Diskussion darüber gegeben, inwieweit „die Aussage, dass in den Jahren seit 1993 ‚die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher‘ geworden sind“ berechtigt sei (2012b, S. 127). Weiterhin ist in der Ausgabe von 2012b nun die Materialauswahl kontroverser angelegt. Dies betrifft neu aufgenommene kritische Aussagen zu Hartz IV (M10, S. 137ff.) als auch den neuen Abschnitt 3 „Problem Kinderarmut“ (M11a und b, S. 140f.).

Kapitel 16: Bedrohung oder Chance? — Merkmale und Folgen des Globalisierungsprozesses

Das Kapitel charakterisiert wirtschaftliche Globalisierung v. a. über globalisierte Produktion, anschaulich illustriert durch die 56.000 km, die eine Jeans zurücklegt, bevor sie im hiesigen Geschäft gekauft wird. An Ursachen für die Globalisierung

werden die gesunkenen Transport- und Kommunikationskosten (S. 350f), die Ausdehnung der Marktwirtschaft nach Ende des Ost-West-Konflikts sowie handelspolitische Entscheidungen angeführt (S. 352). Dies ist alles durchaus zutreffend, grundlegendere Ursachen (Krise des fordistischen Kapitalismus, s. o.) bleiben hier allerdings unberücksichtigt. Ebenso verhindert eine durch die Materialauswahl gebotene verengte Sichtweise, für die Schülerinnen und Schüler den Zusammenhang zwischen dem „Exportweltmeister Deutschland“ (S. 354) und Handelsbilanzdefiziten in anderen Ländern einerseits und dem Zurückbleiben der Löhne hinter dem Produktivitätsanstieg in der BRD in den letzten Jahrzehnten andererseits herzustellen.

Sowohl Globalisierungsverlierer als auch -gewinner werden im Kapitel vorgestellt (wobei letztere mehr Raum einnehmen), in beiden Fällen geht es um Arbeitsplätze: ihr Verlust durch Schließung von Produktionsstätten oder ihr Anstieg durch Expansion im Ausland. Zwar wird einerseits in der Grafik auf S. 357 die Vielzahl an Gründen für Produktion im Ausland deutlich, andererseits werden in dem (von einer wirtschaftsnahen Internetseite stammenden) Quellentext die von Arbeitgeberseite favorisierte monokausale Erklärung der geringen Löhne im Ausland und der durch Konkurrenz unvermeidbaren Standortverlagerung reproduziert (garniert mit der abenteuerlichen Erklärung, die Lohnunterschiede hätten mit dem Bevölkerungswachstum zu tun, M 15) (S. 357f.). Auch wenn in diesem Zusammenhang ein Betriebsrat zu Wort kommt (M 16b), wird durch die einseitige Auswahl entsprechenden Materials nicht auf die mit der neuen Kapitalmobilität in der wirtschaftlichen Globalisierung (bei gleichzeitiger weitgehender Immobilität von Arbeitskraft) einhergehende Machtverschiebung zwischen Kapital und Arbeit eingegangen, oder die ruinösen Folgen eines vermeintlichen Standortwettbewerbs auf die Steuersituation der Staaten (Steuervorteile als Investitionsanreize sind vielerorts die Regel).

Im Abschnitt über „Globalisierte Schönheitsideale“ (M 12, S. 355) wäre im Kontext der Vermarktung von Hautbleichungsprodukten anzumerken, dass diese in der Regel äußerst gesundheitsschädlich sind – und natürlich die Frage zu stellen, wessen Schönheitsideale globale Verbreitung erfahren. Impulse zur Erörterung dieses Sachverhaltes fehlen in der Aufgabenstellung.

In der Neubearbeitung von 2012 ist dieses Globalisierungskapitel als Kapitel 11 nach hinten verschoben. Zudem heißt es nun „Chance oder Bedrohung? – Ursachen, Merkmale und Folgen der Globalisierung“, d. h. explizit ist die Frage nach Ursachen bereits in der Überschrift enthalten. Im Wesentlichen aber sind – trotz Aktualisierung – die einseitige Ausrichtung der Materialauswahl und die zu wenig auf Kontroversität angelegten Aufgabenstellungen beibehalten.

Kapitel 17: Parteien, Wahlen, Regierung — Welche Bedeutung haben die Parteien in unserer Demokratie?

Das Kapitel informiert über die unterschiedlichen Programme der Parteien und gibt mit den beiden Achsen entlang ökonomischer und politisch-kultureller Konfliktlinien ein gelungenes Schema zu ihrer Einordnung. Allerdings erfährt man nur wenig über die historischen Ursprünge und

Wandlungsprozesse der Parteien (das sozialistische Ahlener Programm der CDU von 1949 wäre sicher ebenso interessant wie das Verhältnis der Westparteien zu ihren Pendants in der DDR oder auch ihre Rolle im Nationalsozialismus und seiner Bewältigung). Ebenso kommt beim Plädoyer des Bundespräsidenten Johannes Rau aus dem Jahre 2004 für politisches Engagement (M 21, S. 385) die Möglichkeit eines solchen außerhalb von Parteien sehr kurz. Zumindest werden in einer Abbildung zu einer repräsentativen Umfrage am Ende des Kapitels (M 19, S. 386) solche politischen Aktivitäten immerhin erwähnt und aufgelistet.

Das nun siebte Kapitel heißt in der Neubearbeitung „Bausteine der Demokratie — Wahlen und Parteien“, d. h. die Regierung ist als Teil der Exekutive herausgenommen. Im ersten Abschnitt der Neuausgabe sind den Wahlen als konstituierendes Merkmal von Demokratie weitaus mehr Seiten gewidmet als zuvor (S. 148-160). In diesem Kontext sind problematisierende und kontroversitätsorientierte Aufgabenstellungen in Bezug auf die abnehmende Wahlbeteiligung und die Frage nach der Herabsetzung des Wahlalters aufgenommen (M 10 bis M 16, S. 157-160).

Der zweite Abschnitt des neuen Schulbuches bezieht sich auf „Parteien — ihre Aufgaben und Veränderungen im Parteiensystem“ (S. 161-169). Materialien, die sich auf politische Aktivitäten außerhalb von Parteien beziehen, sind deutlich erweitert worden (M 26, S. 168).

In der Neuausgabe sind die Exekutive und die Legislative als Gegenstandsfeld und in ein eigenes Kapitel 8 aufgenommen worden: „Wie funktionieren die Staatsorgane? — Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat im politischen Entscheidungsprozess“ (S. 172-193).

Kapitel 18: Notfalls mit Gewalt!? — Politischer Extremismus in Deutschland

Das Kapitel beginnt mit einer Grafik des Verfassungsschutzes (M 1, S. 390), die im Hinblick auf die Personengruppe die Bedrohung von Links- und Rechtsextremismus als etwa gleich hoch erscheinen lässt. Auch angesichts der Tatsache, dass sich die NSU-Affäre erst nach dem Erscheinen des Schulbuches entwickelte und die Aktivitäten des Verfassungsschutzes von einer kritischen Öffentlichkeit hinterfragt wurden, hätte dem Verfassungsschutzbericht als Quelle (M 1, S. 390) eine andere gegenübergestellt werden können. So erscheint die von den unterschiedlichen politischen Lagern ausgehende Bedrohung in etwa gleich. Dass Gewalttaten von Rechtsextremen seit der Wiedervereinigung mindestens 150 Todesopfer forderten⁸, Gewalttaten von Linksextremen seit den letzten RAF-Aktionen 1993 jedoch keine, verdeutlicht die Unterschiede im Bedrohungspotential der beiden Gruppen. Von Linksextremen begangene Straftaten sind meist Sachbeschädigungen (wie Farbbeutelanschläge) und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (wie die Blockade von Naziaufmärschen) und bis vor einigen Jahren galt die gesamte Linkspartei dem Verfassungsschutz als linksextrem.⁹

⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Todesopfer_rechtsextremer_Gewalt_in_Deutschland (Zugriff: 13.3.2016)

⁹ www.zeit.de/hamburg/politik-wirtschaft/2014-06/hamburg-linksextremismus/komplettansicht (Zugriff: 13.3.2016)

Allerdings wird die Bedrohung durch linksextreme Gruppierungen auch relativ schnell (auf einer Seite) abgehandelt (S. 392), der Rest des Kapitels widmet sich dem Rechtsextremismus. Dass der islamistische Extremismus explizit ausgeklammert wird, ist allerdings in diesem Zusammenhang erklärungsbedürftig und problematisch.

Nicht unproblematisch ist auch, dass beim Rechtsextremismus ausschließlich Neonazis in den Fokus genommen werden – die Grauzone zwischen organisierten Neonazis und rechten Parteien, die auch zum Erscheinungszeitpunkt dieses Schulbuches 2008 bestand – und die mit den Identitären, Pegida und der AfD in der aktuellen Situation starken Zulauf bekommen hat – bleibt außen vor. Auch die konzeptionellen Grundlagen des Kapitels selbst sind fragwürdig. Die Begriffsverwendung Rechts/Links ist nicht deckungsgleich mit jener an der wirtschaftspolitischen Dimension orientierten des letzten Kapitels. Schwerer wiegt allerdings, dass den Schülerinnen und Schülern durch eine entsprechende Materialauswahl nicht die Möglichkeit gegeben wird, die Implikationen und Hintergründe des Extremismusbegriffs zu reflektieren. Die Implikationen liegen v. a. in der Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremen als gleichermaßen antidemokratisch, gewaltbereit und intolerant gegenüber Andersdenkenden (S. 391). Abgesehen davon, dass v. a. die letzte Eigenschaft bei manchen Personen aus allen politischen Lagern anzutreffen ist (auch solchen, die sich gern der politischen Mitte zurechnen), unterschlägt die durch die Materialauswahl behauptete Gleichsetzung die unterschiedliche Art der Gegnerschaft zum bestehenden liberal-repräsentativen politischen System. Während es den Rechtsextremen typischerweise zu demokratisch und tolerant ist, ist es Linksextremen in der Regel nicht demokratisch genug – weil sie den Staat als Herrschaftsinstrument generell ablehnen und eine Basisdemokratie fordern oder weil sie den Kapitalismus wegen seiner undemokratischen Organisation der Wirtschaft (was und wie produziert wird, ist Privatsache der Kapitalisten) ablehnen. Dass antikapitalistische Gesinnung automatisch eine Gegnerschaft zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung impliziert, ist angesichts der Prinzipien letzterer (und eines Grundgesetzartikels, der Verstaatlichungen vorsieht), zwar eine Maxime des Verfassungsschutzes, aber keine sehr überzeugende. Die historischen Hintergründe hingegen liegen im Kalten Krieg, in dem die BRD als „Frontstaat“ des Kapitalismus in Konkurrenz mit dem ostdeutschen Staat durch die Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten die fehlende Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen Kontinuitäten durch das umso eifrigere Bekämpfen linker „Staatsfeinde“ und der „totalitären“ DDR kompensieren konnte. Diese Denkfigur ermöglichte so auch die Verurteilung von KommunistInnen in der BRD durch die gleichen Richter, die bereits vor 1945 in Amt und Würden waren. Der Extremismusbegriff greift diese Denkfigur auf und entsorgt gleichzeitig die Faschismustheorien, die oftmals gerade die Komplizenschaft bürgerlicher und faschistischer Kräfte in der Bekämpfung sozialistischer und kommunistischer Bewegungen betonten (Avanti 2011; Mohr / Rübner 2010; Neugebauer 2008).

In der Neubearbeitung von 2012 sind Beispiele rechtsextremistischer Gewalt aus dem Jahr 2011 und ein Fahndungsplakat des Bundeskriminalamtes nach Mitgliedern des NSU

aufgenommen (M1, S. 196f.). Das Material zum Extremismusbegriff „Was heißt ‚extremistisch‘?“ (M2, S. 198f.) und zu „linksextremistische(n) Gruppierungen“ (M3, S. 199) ist unverändert. Zudem nehmen Materialien zu „Aktiv gegen Rechts – die Demokratie muss sich gegen Extremisten schützen“ mit gut zweieinhalb Seiten mehr Raum ein (M10 und M11, S. 208-210). Aber auch im neuen Band fehlen Materialien zum islamistischen Extremismus.

Kapitel 19: Wozu brauchen wir Europa? — Entwicklung und Probleme des europäischen Einigungsprozesses

Was in diesem Kapitel in M5 (S. 412) zwar angedeutet wird, insgesamt aber recht kurz kommt, ist, dass bei den Integrationsschritten Europas die Interessen exportorientierter Wirtschaftsunternehmen (und deren Lobbyorganisationen wie der European Roundtable of Industrialists oder der European Business Council) eine treibende Kraft darstellten (Balanyá et al. 2001). Auch die Folgen des gemeinsamen Marktes, wie z. B. die Verdrängung einheimischer Anbieter durch kapitalstarke Unternehmen aus anderen EU-Staaten, könnten am Beispiel mancher südeuropäischer EU-Staaten anschaulich dargestellt werden.

Neben einer Erläuterung der verschiedenen Organe der EU und ihrer Funktionsweise wird auch die euroskeptische Position in personifizierter Form (Herr Kleinschmidt) dargestellt und im selben Material zugleich entkräftet, d. h. eine eigenständige Urteilsbildung der Schülerinnen und Schüler ausgeschlossen (M9, S. 419). Nachdem zunächst noch eine Reihe von Zielen als Gründe für die EU angeführt werden (u. a. Sicherung des Friedens, Hilfe für die Welt, Schonung der Umwelt, M5, S. 412) wird später die nationale Perspektive eingenommen mit der Frage, was „uns“ der europäische Binnenmarkt „bringe“ (M10, S. 420). Migrationspolitisch wird die Vereinheitlichung und Verstärkung der Außengrenzen als Folge des Schengener Abkommens diskutiert. Dabei wird auch auf die zunehmende Abschottung (kaum legale Einwanderungsmöglichkeiten, restriktives Asylrecht) und ihre Folgen (illegale Versuche des Grenzübertretts mit mehr als 5.000 Todesopfern seit 1990) eingegangen (M 13, S. 424). Während der freie Personenverkehr im Schengenraum als funktionierendes Modell dargestellt wird, wird eine entsprechende Politik über die EU hinaus als „illusorisch“ bezeichnet (M 13, S. 424).

In der Überschrift zum nun 10. Kapitel ist der Begriff Europa durch die Europäische Union ersetzt und das Gegenstandsfeld damit präzisiert worden: „Wozu brauchen wir die Europäische Union? — Entwicklung und Probleme der europäischen Einigung.“ Auch in der Neubearbeitung werden in der Darstellung des Integrationsprozesses divergierende Interessen von Akteuren, vor allem von exportorientierten Wirtschaftsunternehmen ebensowenig thematisiert wie z. B. die Verdrängung einheimischer Anbieter durch kapitalstarke Unternehmen aus anderen EU-Staaten. Neu aufgenommen ist die „Entstehung und Entwicklung der Euro-Schuldenkrise“ (2012b, M 15b, S. 233f.). Die Thematisierung von Fragen zur Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU (2008, M 13, S. 424) fehlt nun in der Neubearbeitung.

Kapitel 20: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ — Bedeutung und Sicherung der Menschenrechte in der Welt

Die Auswahl der Beispiele für Menschenrechtsverletzungen (S. 433-36) ist insofern etwas unausgewogen, als dass Verbündete des Westens oder gar Staaten des Westens selbst kaum als menschenrechtsverletzende Akteure vorkommen, was es leicht macht, von einer vollständigen Verwirklichung der Menschenrechte hierzulande auszugehen und ihre Einhaltung lediglich anderswo anzumahnen. Eine positive Ausnahme stellt allerdings die Komplizenschaft deutscher Männer im Frauenhandel dar, die ebenfalls thematisiert wird. Weitere Beispiele von Saudi-Arabien (Frauenrechte) über die Türkei (Pressefreiheit, Minderheitenrechte) bis hin zur USA (tödliche Schüsse auf Schwarze) hätte es zur Genüge gegeben. In Deutschland selbst hätte der Fall von Oury Jalloh, der 2005 in polizeilichem Gewahrsam in Dessau angeblich Selbstmord begangen hat, obwohl er gefesselt war, angeführt werden können. Das macht die im Buch geschilderten Menschenrechtsverletzungen z. B. in China oder Weißrussland nicht weniger verwerflich, auch wenn die Bezeichnung der Genitalverstümmelung als eine „gefährliche Beschneidungspraxis afrikanischer Völker“ (S. 433) eine ungerechtfertigte Pauschalisierung darstellt, die das koloniale Stereotyp vom rückständigen Afrika reproduziert.

Im Abschnitt zur Entwicklung der Menschenrechte fällt auf, dass die abgedruckte allgemeine Erklärung der Menschenrechte (S. 438f) nur bis Artikel 27 reicht, Artikel 28 über das Recht auf eine soziale und internationale Ordnung, in der diese Rechte verwirklicht werden können, jedoch fehlt. Die Darstellung der als Vorläufer genannten amerikanischen und französischen Menschenrechtserklärungen (S. 440) ist ohne den Hinweis, dass die verkündeten Rechte weder für Frauen noch für Schwarze noch für Besitzlose galten, unvollständig. Sowohl die Frauenrechtlerin Olympe de Gouges als auch der Haitianische Revolutionär Toussaint Louverture bezahlten ihr Eintreten für tatsächlich universelle Menschenrechte im Rahmen der französischen Revolution mit dem Tod. Die von versklavten Schwarzen in der französischen Kolonie Saint Domingue begonnene Haitianische Revolution von 1791, die als erste Ernst machte mit der Idee gleicher Menschenrechte, bleibt unerwähnt (Trouillot 2013). Weiterhin ist feststellbar, dass in der Darstellung der Geschichte der Menschenrechte (S. 441) zwar korrekt darauf hingewiesen wird, dass ihre Verankerung im internationalen Recht als Reaktion auf die Unterdrückung von Freiheiten und rassistisch motivierte Massenmorde unter nationalsozialistischer Herrschaft entstand – ergänzend wäre jedoch hinzuzufügen, dass dies nicht als Reaktion auf Unterdrückung und rassistische Massenmorde unter europäischer Kolonialherrschaft der Fall war.

Positiv hervorzuheben ist andererseits nicht nur, dass eine Reduktion der Menschenrechte auf die politischen und bürgerlichen (die im Westen jahrzehntelang vorherrschend war) im Buch vermieden wird, sondern dass auch explizit auf die im Kalten Krieg verbreitete Praktik, befreundeten Regimen auch noch die brutalsten Menschenrechtsverletzungen nachzusehen,

eingegangen wird (S. 441). Ebenso ist die Würdigung der Arbeit von menschenrechtlichen Nichtregierungsorganisationen Zeichen einer staatspolitisch progressiven Position (S. 448, 433).

Das Kapitel fehlt mit diesem Inhaltsfeld in der Neubearbeitung von 2012 an dieser Stelle. Das Inhaltsfeld Menschenrechte ist in den Band für die Stufe 7/8 als Kapitel 6 aufgenommen worden. Die Formulierung heißt nun: „Wozu brauchen wir eine Rechtsordnung? – Die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte.“ (2012a, S. 138-169) Die Fallbeispiele für Menschenrechtsverletzungen sind zum Teil übernommen worden (Genitalverstümmelung von Frauen und Frauenhandel, 2012a, M9a, S. 150f), zum Teil ausgetauscht und aktualisiert worden (der Fall Weißrussland wird gestrichen und durch einen Fall aus dem Iran ersetzt; zwei Fälle aus der VR China werden durch ein jüngeres Beispiel ersetzt, 2012a, M9b und c, S. 152-154). Die grundsätzlich unausgewogene Auswahl an Fällen, die schon in Bezug auf die Ausgabe von 2008 konstatiert wurde, bleibt erhalten. Leider ist im Kapitel sechs der Neubearbeitung das Material zur Entwicklung der Menschenrechte von 1776 bis 1948 gestrichen worden. Auch in den Aufgabenstellungen ist kein Impuls formuliert, der einen historischen und kritischen Blick auf diese Entwicklung initiieren könnte (2012a, M10, S. 154f.).

Kapitel 21: Keine Hoffnung auf eine friedliche Welt? Möglichkeiten und Probleme der internationalen Friedenssicherung

Die Darstellung der Auslandseinsätze der Bundeswehr erwähnt sowohl den grundgesetzlich festgelegten Verteidigungsauftrag letzterer (M 1a, S. 452) als auch die Autorisierung dieser Einsätze durch ein Bundestagsmandat (M 1b, S. 453), könnte aber in diesem Kontext in weiteren Materialien auch die Kontroversen um ihre rechtliche Legitimität erwähnen.

In der Schilderung der Situation und Geschichte Afghanistans (M 2, S. 453ff.) wird die unrühmliche Rolle der USA, die radikale Islamisten gegen die Sowjets unterstützten und mit Waffen belieferten, ausgespart. Noch problematischer ist, dass im Autorentext die Warlords der Nordallianz, auf deren Konto zahlreiche Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen gehen, neutral bis positiv als „afghanische Widerstandsgruppen“ bezeichnet werden (M2, S. 454). Die Unterstützung dieser Warlords ist nicht leicht in Einklang zu bringen mit der Ansicht des Außenministers Frank-Walter Steinmeier, dass „wir“ „den Menschen in Afghanistan eine neue Perspektive, eine neue Hoffnung geben“ (M 3a, S. 455). Allerdings wird als Gegenposition zu der Befürwortung des Militäreinsatzes auch eine Quelle der Linkspartei zitiert („Es gibt keine militärische Lösung“, M 3b, S. 456). Zwar bietet M 4 einen kritischen Blick auf die Rolle der Warlords, bezieht sich jedoch exemplarisch auf den Sudan (S. 457f.).

Die Darstellung „neuer Kriege“ in Anlehnung an den Politikwissenschaftler Herfried Münkler (M 4, S. 457f.) läuft Gefahr, dessen Verklärung der europäischen Staatskriege (die Voraussetzung ist für ihre Abgrenzung von den als chaotischen und von wirtschaftlichen Motiven geleiteten „neuen Kriege“) nachzuvollziehen. Im Hinblick auf die UN-

Friedenseinsätze und ihre Dilemmata (M 7, S. 461f.) sollten auch die gelegentlichen Übergriffe von Blauhelmen auf die Zivilbevölkerung Erwähnung finden.

In der Darstellung der islamistischen Terroranschläge vom 11. September 2001 ist es so korrekt wie mutig, darauf hinzuweisen, dass einige islamistische Organisationen v. a. sozial und karitativ tätig sind oder sich von Terrorakten distanzieren (M 13, S. 469). Das Kapitel schließt mit dem Bericht über einen missglückten Terroranschlag in Deutschland und den Konflikt zwischen Sicherheitsmaßnahmen und Freiheit vor staatlicher Überwachung (M 16, S. 470f.).

In der Neuausgabe ist das Kapitel um sieben Seiten erweitert worden. Die kontrovers angelegte Materialauswahl (Steinmeier / Die Linke) ist nicht übernommen und auch nicht durch ähnliches, aktualisiertes Material ersetzt worden. Die fehlende Kontroversität drückt sich in den Aufgabenstellungen aus. Die Operatoren gelangen nicht zur Ebene der Erörterung und der Beurteilung. Es bleibt bei W-Fragen, bei „Informiert euch“ und „erläutert“ (S. 273). Nach wie vor findet sich im Autorentext die Einschätzung der afghanischen „Nordallianz“ (M3, S. 270) und unter anderem der Warlords am Beispiel des Sudan (M6, S. 276).

Die Materialien zur UNO, EU und NATO sind von etwas mehr als sieben Seiten um drei Seiten erweitert und einem eigenen Abschnitt zugeordnet worden: „Was können UNO, NATO und EU tun?“ (S. 277-286). Eine Problematisierung im Hinblick auf den Aufbau, das formal-rechtliche Zusammenwirken und die Aktivitäten in Krisengebieten erschöpft sich in Aufgabenimpulsen, die auf das „Nebeneinander von NATO und dem Aufbau von EU-Militäreinheiten“ und „Abstimmungsprobleme“ sowie auf den „Interessenunterschied zwischen NATO und EU“ (S. 286) eingehen.

Auch die Neubearbeitung von 2012b schließt mit einem Abschnitt zu „Gefahren und Sicherheit durch internationalen Terrorismus“ (S. 286-295) mit derselben Ausrichtung wie die frühere Ausgabe.

Fazit

In Bezug auf die vier Dimensionen kann für die Ausgabe von 2008 folgendes Fazit festgehalten werden:

In der staatspolitischen Dimension wird tendenziell eine moderat partizipative Position von politisch aktiven BürgerInnen vertreten. In der wirtschaftspolitischen Dimension überwiegt trotz deutlich sichtbarer sozialdemokratischer Elemente eine moderat neoliberale, sehr unternehmer- und marktfreundliche Position. In der global- und migrationspolitischen Dimension werden einerseits eine migrationsbefürwortende Position vertreten und Diskriminierungserfahrungen von MigrantInnen thematisiert, andererseits Zuwanderungspolitiken primär unter dem Nutzenaspekt debattiert („aufgeklärtes Eigeninteresse“). In der geschlechterpolitischen Dimension werden traditionelle Rollenbilder zur Diskussion gestellt und reproduktive Tätigkeiten mit in den Blick genommen, was als moderat progressive Position gelten kann. Insgesamt ist eine gewisse Pluralität an Positionen im Buch auffindbar, was den Anforderungen des Beutelsbacher Konsens entspricht. Einige Positionen erscheinen im Buch als jenseits des legitim

Sagbaren: dies betrifft rassistische Positionen ebenso wie das Anzweifeln des von Menschen verursachten Klimawandels oder die Befürwortung offener Grenzen.

Diese prinzipielle Einschätzung kann trotz der Überarbeitung, der Aktualisierung, des Streichens und der Aufnahme neuer Materialien in der Ausgabe von 2012 grundsätzlich beibehalten werden.

Literatur

- Avanti (2011): Extrem wichtig: linke Politik. Beiträge zur Kritik der Extremismuskritik und der Inlandsgeheimdienste. Berlin: Hinkelstein
- Bachrach, Peter (1970): Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft. Eine kritische Analyse. Frankfurt: EVA
- Balanyá, Belén / Doherty, Ann / Hoedeman, Olivier / Ma'anit, Adam / Wesselius, Erik (2001): Konzern Europa. Die unkontrollierte Macht der Unternehmen. Zürich: Rotpunktverlag
- Blatter, Joachim K. / Janning, Frank / Wagemann, Claudius (2007): Qualitative Politikanalyse. Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden. Wiesbaden: VS
- Butterwege, Christoph (2005): Krise und Zukunft des Sozialstaats. 2. Auflage, Wiesbaden: VS
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Demirovic, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Ha, Kien Nghi (2003): „Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik“, in: Steyerl, Hito / Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hg.) (2003): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Münster: Unrast
- Herbert, Ulrich (2003): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Herman, Edward S. / McChesney, Robert S. (1997): The Global Media. The New Missionaries of Corporate Capitalism. London: Cassell
- Hippler, Jochen (Hg.) (1994): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Hamburg: Konkret
- Hirsch, Joachim (1998): Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Berlin: ID-Verlag.
- Jäger, Siegfried (2012): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: Unrast
- Mohr, Markus / Hübner, Hartmut (2010): Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der „inneren Sicherheit“. Münster: Unrast
- Neugebauer, Gero (2008): „Linksextremismus“, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Linksextremismus. Bonn: BPB, S. 13-18
- Trouillot, Michel-Rolph (2013): „Undenkbar Geschichte: Zur Bagatellisierung der Haitianischen Revolution“, in: Conrad, Sebastian u.a. (Hg.) (2013): Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. 2. Aufl., Frankfurt a.M.: Campus, S. 73-103

Prof. Dr. Aram Ziai ist Politikwissenschaftler und Leiter des Fachgebiets Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien an der Universität Kassel. Kontakt: ziai@uni-kassel.de